

**Verfahren zu dem vom Landesparteitag an den Landesvorstand überwiesenen  
Antrag des Jugendverbandes „Es braucht linke Einwanderungspolitik“**

(Beschluss des Landesvorstandes am 13. Juni 2017)

1.

Der Landesvorstand setzt sich das Ziel, die vom Jugendverband in seinem Antrag "Es braucht linke Einwanderungspolitik" aufgeworfenen Fragestellungen zum Thema Migrationspolitik breit mit den Mitgliedern und Anhänger/-innen zu diskutieren. Der Diskussionsprozess dient

- \* der politischen Selbstverständigung der Mitglieder,
- \* der Stärkung der Argumentation in der Gesellschaft (mit Anhänger/-innen, Wähler/-innen, aber auch Kritiker/-innen sowie gegenüber politischen Institutionen),
- \* der Einspeisung der Meinungsbildung in andere Landesverbände der Partei und der Bundespartei sowie
- \* der Konkretisierung der Meinungsbildung der Mitglieder in eine Beschlussfassung zum Thema Einwanderung.

2.

Der Landesvorstand fordert die Gliederungen (Kreisvorstände, ggf. Ortsverbände) auf, bis März 2018 Veranstaltungen vor Ort zum Thema "Welche Migrationspolitik will DIE LINKE?" zu organisieren.

Zur Veranstaltung wird ein/e Vertreter/-in des Landesvorstandes die Debattenlage einführen und die gemeinsamen als auch strittigen Positionen der LINKEN vorstellen. Ein/e Vertreter/-in des Jugendverbandes der Partei erhält ebenfalls Gelegenheit, die Intention des Antrages darzustellen. Optional können weitere Vertreter/-innen von Initiativen oder Institutionen eingeladen werden.

Die AG Asyl & Migration wird gebeten, dazu einen Pool von kompetenten Ansprechpartner/-innen zur Verfügung zu stellen.

Folgend soll die Möglichkeit eröffnet werden, dass die Teilnehmer/-innen die Positionen hierzu umfassend miteinander diskutieren.

Die Bundestagsabgeordneten werden um analytisch-parlamentarische Begleitung gebeten.

3.

Der Landesvorstand wird im Newsletter und in einer Rundmail an die Gliederungen auf den Antrag des Jugendverbandes verweisen und diese auffordern, sich ggf. schriftlich mit eigenen Beiträgen zum Thema Einwanderung/Migrationspolitik zu Wort zu melden. Die Sammlung der Beiträge erfolgt über die Landesgeschäftsstelle; geeignete Beiträge aus der Mitgliedschaft sind ebenfalls mitgliederöffentlich zugänglich zu machen.

4.

Der Landesvorstand beauftragt die AG Asyl & Migration (nächstes Treffen: 21.08.2017, 17 Uhr, Magdeburg), die Diskussion im Landesverband aktiv zu begleiten. Er bittet die AG zu prüfen, sich mit der bestehenden BAG Migration, Integration und Antirassismus (MIA), Vertreter/-innen des Jugendverbandes sowie mit bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften anderer Landesverbände zum Thema Migration zu vernetzen. Er bittet die AG, sich auf der Basis des überwiesenen Antrages des Jugendverbandes sowie Reaktionen von Mitgliedern aus dem Landesverband einen Antrag zur Beschlussfassung durch den Landesparteitag vorzubereiten.

5.

Der Landesvorstand wird unter Berücksichtigung des überwiesenen Antrags des Jugendverbandes und der Ergebnisse zu 1. – 4. auf dem nächsten ordentlichen Landesparteitag einen Antrag zum Thema Einwanderung/Migrationspolitik zur Beschlussfassung vorlegen.

6.

Verantwortlich für die Umsetzung dieses Antrags sind im Landesvorstand:  
Jörg Schindler, Michael Waßmann